



Jungen Menschen drohen Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse

Stellungnahme

zur geplanten Einstellung der Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung durch die Bayerische Staatsregierung

Junge Menschen, die sich mit dem Einstieg in die Arbeitswelt schwer tun, sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders belastet. Derzeit sind die Möglichkeiten, ihre praktischen Fähigkeiten durch ein Praktikum in einem Betrieb unter Beweis stellen zu können, deutlich kleiner, weil weniger Betriebe Praktika ermöglichen. Aus unterschiedlichen Gründen haben junge Menschen schlechtere Startchancen in den Beruf als andere, weil sie auf weniger soziale Ressourcen zurückgreifen können.

Diese jungen Menschen trifft die geplante Einstellung der Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung durch die Bayerische Staatsregierung massiv. Ihnen drohen Arbeitslosigkeit oder lebenslange prekäre Arbeitsverhältnisse. Ihnen droht Lebenssinn zu fehlen, den eine gute Arbeit vermitteln kann. Sie haben wie jeder Mensch ein Recht auf Arbeit. Dafür zu sorgen, dass auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen am Arbeitsmarkt eine Ausbildung und damit eine Perspektive für ihr Leben erhalten können, ist Aufgabe des Staates. Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein erwiesenermaßen wirksames Instrument für mehr Chancengerechtigkeit.

Sie ist zudem aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll, da Fachkräfte, besonders im Handwerk, bereits händeringend gesucht werden und der Fachkräftemangel noch massiv steigen wird.

Die Absicht der Staatsregierung, die Finanzierung zu streichen, ist ein arbeitsmarktpolitischer Fehler und aus sozialer Sicht unsäglich. Hier soll zu Lasten von benachteiligten jungen Menschen gut angelegtes Geld eingespart werden. Ich fordere die Bayerische Staatsregierung auf, die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung fortzusetzen.

28.02.2022

Marcus Schuck, Betriebsseelsorger für den Untermain